

---

# Gemeinsam tragen – zusammen leben. Plädoyer für einen vitalen Sozialstaat in Krisenzeiten

---

Ein Zwischenruf der  
Evangelischen Sozialkommission  
Deutschland

# Impressum

Evangelische Kirche in Deutschland  
Herrenhäuser Str. 12 | 30419 Hannover  
Telefon: 0800 50 40 60 2  
info@ekd.de  
www.ekd.de

Diakonie Deutschland  
Caroline-Michaelis-Str. 1 | 10115 Berlin  
Telefon: 030 652 11 0  
diakonie@diakonie.de  
www.diakonie.de

Juni 2026

**Download :**

[www.ekd.de/zwischenruf-sozialstaat](http://www.ekd.de/zwischenruf-sozialstaat)

**INFO SERVICE**  
Evangelische Kirche

 **0800 - 50 40 60 2**

 **info@ekd.de**

# Präambel

Der Sozialstaat lebt von einer Gesellschaft, die zusammenhält. Angesichts des größten Umbaus des Sozialstaats in den letzten 20 Jahren brauchen wir eine Renaissance des Gemeinsinns. Wir brauchen die Bereitschaft zu gemeinsamer Verantwortung und einen fairen Umgang mit begrenzten Ressourcen. Klar ist: Wer mehr tragen kann, muss mehr beitragen. Und: jeder Mensch wird früher oder später zu den Bedürftigen gehören. Dabei gilt: Die Schwächsten und die kommenden Generationen müssen geschützt werden. Das sind die Leitplanken von Kirche und Diakonie, diesen Weg als Mitverantwortliche mitzugehen und mitzugestalten.

---

Deutschland steht vor tiefgreifenden Herausforderungen. Doch die eigentliche Krise ist nicht zuerst die Krise des Sozialstaats, sondern die Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wo Misstrauen wächst, Menschen gegeneinander ausgespielt werden und die Bereitschaft schwindet, Verantwortung füreinander zu übernehmen, gerät auch der Sozialstaat unter Druck. Denn kein Sozialstaat kann dauerhaft tragen, wenn die Solidarität schwindet, die ihn trägt. Auch weil so gut wie ausnahmslos jeder Mensch früher oder später auf soziale Leistungen in Pflege, Krankheit, Daseinsfürsorge angewiesen sein wird.

Der Sozialstaat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann: von Gemeinsinn, Vertrauen und einer lebendigen Zivilgesellschaft. Sein Herzschlag ist die Solidarität vor Ort – in Familien, Nachbarschaften, Vereinen, Kommunen und den vielfältigen Organisationen des Gemeinwesens. Dort entsteht die Erfahrung, dass wir aufeinander angewiesen sind und Zusammenhalt trägt.

Gerade deshalb kommt der Politik eine besondere Verantwortung zu. Sie gestaltet die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen, unter denen Solidarität wachsen oder geschwächt werden kann. Wirksame Sozialpolitik misst sich daran, ob sie die Verletzlichsten schützt, gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und soziale Sicherheit nachhaltig gewährleistet. Ein Sozialstaat erweist seine Stärke nicht im Verteilungskampf der Starken, sondern

im Engagement für jene, die keine starke Lobby haben und auf die Solidarität anderer angewiesen sind.

Die notwendigen Reformen der kommenden Jahre verlangen Ehrlichkeit. Angesichts begrenzter Ressourcen müssen Prioritäten neu gesetzt und öffentliche Mittel verantwortungsvoll eingesetzt werden. Ziel darf nicht der Abbau sozialer Sicherheit sein, sondern ihre nachhaltige Sicherung für die Zukunft. Dabei dürfen weder Menschen in prekären Lebenslagen noch die jüngeren und kommenden Generationen die Hauptlast tragen. Wer über größere finanzielle Möglichkeiten verfügt, muss einen stärkeren Beitrag zur Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben leisten.

Die Zukunft des Sozialstaats entscheidet sich daran, ob es Politik und Gesellschaft gemeinsam gelingt, Solidarität für Menschen mit Unterstützungsbedarf neu zu beleben wie auch die kommenden Generationen verlässlich zu schützen. Kirche und Diakonie verstehen sich als Teil dieser Verantwortungsgemeinschaft. Aus ihrem Auftrag heraus stehen sie an der Seite derjenigen, die besonderen Schutz benötigen, und sind zugleich bereit, ihren Beitrag zu leisten und eigene Veränderungsbedarfe anzunehmen.

## 1. Sozialstaatskritik im Zeichen einer Gesellschaft, die sich selbst nicht mehr mag

In den letzten Wochen und Monaten ist der Sozialstaat ins Zentrum der Kritik geraten. Stärken werden ihm abgesprochen. Da heißt es, er behindere nur das ökonomische Wachstum, sei viel zu teuer, bilde ein Sammelbecken bürokratischen Wildwuchses und helfe den Bedürftigen nicht richtig auf, organisiere gerade so keine soziale Hilfe zur Selbsthilfe. Als ob der Sozialstaat das eigentliche Problem wäre. Die bundesdeutsche Gesellschaft droht, nicht mehr mit sich selbst klarzukommen. Vertrauen geht verloren, nicht zuletzt Vertrauen in

die Regelungskompetenz demokratischer Verfahren. Das gemeinsam geteilte Empfinden „Hier ist gut sein!“ bricht weg. Menschen driften auseinander, verstehen sich nicht mehr. „Anderen“ traut man nicht zu, mitmenschliche Unterstützer zu sein. Eher scheinen sie im Weg zu stehen. Macht eine Gruppe einen Reformvorschlag, fällt der sofort allseitiger Kritik und oft auch großer Hämehäme anheim. Die Bereitschaft, anderen zuhören zu wollen, schwindet. Urteile sind schon gefällt, bevor ein Vorschlag eingebracht ist. Die Entsolidarisierung der Gesellschaft wird noch dazu durch die sozialen Medien verstärkt.

So drohen wir zu einer Gesellschaft zu werden, die sich selbst nicht mehr mag. In so einer mit sich selbst höchst unzufriedenen Gesellschaft lassen sich schnell jene finden, denen Leistungen nicht gegönnt werden, denen höhere Belastungen aufgebürdet oder denen ihre Bedürftigkeit zum Vorwurf gemacht wird. Auch die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse ändern sich: Statt hart, aber sachlich zu diskutieren, werden wechselseitig Schuldzuweisungen erhoben, Ressentiments vorgetragen und allseitig Verteilungskämpfe ausgetragen. Man hadert mit dem Sozialstaat, will ihn nur verändern, wenn er auch dem eigenen Nutzen dient. Dabei wäre jetzt nichts wichtiger als sich gemeinsam darauf zu verständigen, dass nur ein Sozialstaat, den die gesamte Gesellschaft trägt, ein guter Sozialstaat sein kann. Diakonie und Kirche wollen daran solidarisch mitwirken. Daher dieser Zwischenruf.

## 2. (Solidarische) Gesellschaft als Herzschlag des Sozialstaates

Der Sozialstaat lebt von Voraussetzungen, die er nicht selbst garantieren kann. Denn er kann nur dann soziale Sicherheit mit ausreichenden Leistungen und Infrastrukturen schaffen, wenn ihn die Gesellschaft, für die er da ist, gemeinsam trägt. In Herz und Kopf muss wieder klar werden: Der Sozialstaat trägt alle. Er gründet nicht auf Almosen, sondern Rechtsansprüchen und seine Qualität bemisst sich nicht an der Höhe von Sozialleistungen, sondern ob er – wo

immer es geht – die großen soziale Lebensrisiken verlässlich und solidarisch absichert und vor allem Lebenschancen für alle schafft. Jeder Mensch kommt früher oder später in die Lage, für sich oder Angehörige soziale Leistungen zu beanspruchen – in Krankheit, Pflege, im Alter. Verletzlich sind alle in dieser Gesellschaft, nicht nur diejenigen, die aktuell in Not und Armut sind. Schon kleinste Veränderungen in der wirtschaftlichen Konjunktur können zu Arbeitslosigkeit und Verschuldung führen, Unglück in familiären und persönlichen Angelegenheiten zu grundlegenden materiellen Problemen.

Für diesen Sozialstaat und eine Gesellschaft, die ihn trägt, für dieses gemeinsame soziale Sicherungsnetz treten Kirche und Diakonie ein. Es baut auf eine Gesellschaft, in der die Starken von heute wissen, dass sie morgen die Schwachen sein können, der bewusst ist, dass über Nacht aus Gebenden Nehmende werden und ein Auseinanderdividieren von Profitierenden und Zahlenden die Vulnerabilität jedes einzelnen Menschen übersieht. Soll der Sozialstaat modernisiert werden, weil zu hohe Kostensteigerungen insbesondere aufgrund demographischer Entwicklungen problematisch werden, dann ist diese Modernisierung eine gemeinsame Aufgabe. Eine kluge Politik reagiert so darauf, dass sie möglichst alle, Mitgestalter wie Betroffene, soziale Dienstleister und Vertreter der Sozialkassen, Arbeitgeberverbände wie Gewerkschaften bei diesem Prozess mitnimmt. Dieser kann nicht ausschließlich an kleine Expertengruppen zur Vorbereitung politischer Entscheidungen delegiert werden.

### 3. Soziale Trägerschaft „von unten her“. Evidenz eines Wohlfahrtspluralismus

Entscheidend ist: Vor allem vor Ort liegen maßgebliche Ressourcen für eine vitale Gesellschaft. Es sind diese Ressourcen, die den solidarischen Sozialstaat tragen. Sie wurzeln in den konkreten persönlichen Beziehungen, in der Kommune, dem Sozialraum, dem Quartier, in dem die Menschen wohnen. Vor Ort also entsteht die entscheidende soziale Kraft. Wo auch sonst, als vor

Ort, können sich Menschen am Wohl der anderen und am eigenen Wohl gemeinsam freuen, wird Gemeinschaft erfahrbar? Wo sonst wird greifbar, dass Zusammenhalt trägt? Das Subsidiaritätsprinzip als Beteiligungs- und demokratischen Integrationsprozess ist stark zu betonen! Seine Plausibilität gründet auf konkreter Beziehungsarbeit. Einander Nächste zu sein, wozu der christliche Glaube ermuntert, heißt vor Ort neugierig auf Nachbarschaft zu sein, im Viertel Verantwortung zu übernehmen – und das in der Vielfalt der kontextbezogenen Lebenszusammenhänge.

Evident ist der Sozialstaat, indem er die Bereitschaft fördert, füreinander da zu sein, Konflikte auszuhandeln und ein plurales gemeinwohlorientiertes Miteinander zu gestalten. Evident ist der Sozialstaat, indem er für die notwendigen rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen sorgt und den zivilgesellschaftlichen Kräften ermöglicht, die sozialen Ärmel genauso hochzukrempeln, wie es für die originäre Prägung einer Region passt. Evident ist ein Sozialstaat, der den im Sozialraum verankerten Verbänden und Gruppen die Kompetenz zuerkennt, das soziale Miteinander zu gestalten. So kann aus einer Vielfalt der Ortslagen ein Pluralismus von sozialen Unterstützungssystemen, ein tragfähiger Wohlfahrtspluralismus entstehen, der passgenau die sozialen Belange abbildet. In diesem „von unten her“ greifen Sozialstaatslogik und Demokratiestärkung ineinander und bilden eine lebendige Alternative zu einem Steuerungszentralismus.

Kirche und Diakonie sind überzeugt, dass nur ein Wohlfahrtspluralismus den vielen verschiedenen Gesichtern sozialer Lagen in unserem Land gerecht wird. Für ihn stehen sie gemeinsam mit anderen Wohlfahrtsorganisationen in der Fläche und durch vielfältiges ehrenamtliches Engagement ein. Dadurch stiften Kirche und Diakonie gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren jenseits aller ökonomischen Messbarkeit Gemeinschaft im Kleinen wie im Großen, Gemeinschaft, die als Träger eines vitalen Sozialstaates elementar ist. Dass insbesondere den konfessionellen Wohlfahrtsträgern wie Caritas und Diakonie großes Vertrauen in der Gesellschaft entgegengebracht wird, ist ein soziales Pfund, das wir gern in alle Reformbemühungen einbringen wollen. Denn noch immer übernehmen diese Verbände trotz einer krisenhaft politisch-gesellschaftlichen Gesamtlage und angesichts des wachsenden Bedarfs an

Sozial- und Beratungsdienstleistungen wesentliche Anteile der Versorgung im Bereich Pflege, Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie in der Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigungen.

## 4. Sich ehrlichmachen für eine differenzierte zukunftsorientierte Ressourcensteuerung

In einer Situation der Polykrise, in der sich ineinandergreifende Krisen – von geopolitischer Unsicherheit bis zu Folgen des Klimawandels – wechselseitig verstärken, geraten auch wohlhabende Gesellschaften unter Druck.

Erstens muss verstärkt in den Ausbau einer defensiv-militärischen, aber auch kooperative äußere Sicherheit investiert werden. Das wurde unter dem Eindruck der russischen Aggression deutlich. Zweitens fordert die Eindämmung des Klimawandels und seiner negativen Folgen ihren ökonomischen Tribut. Drittens sind die digitalen und sozialen Infrastrukturen und eine nachhaltige Mobilitätsinfrastruktur chancengerecht auszubauen. All das fordert zusätzlich staatliche und nichtstaatliche Ressourcen.

Die Frage ist: Wie können in Zukunft die für ein demokratisches Gemeinwesen grundlegenden öffentlichen Güter in dieser Situation gewährleistet werden – von der sozialen und rechtlichen Sicherheit über Mobilität, (sozialer) Infrastruktur und Bildung bis zur Daseinsfürsorge besonders in Situationen der Vulnerabilität?

Denn Ziel muss sein, Menschen Bildung zu ermöglichen und sie in Arbeit zu bringen, damit sie selbstständig leben können. Dabei ersetzt ein Sozialstaat weder eine solidarische Gesellschaft noch die persönliche Verantwortung. Ziel muss es sein, Leistungen nicht zu kürzen, sondern diese nachhaltig für gegenwärtig benachteiligte Menschen wie auch für die kommenden Generationen

zu gewährleisten. Diese Aufgaben, die Gesellschaft und Sozialstaat heute zu bewältigen haben, sind aus unserer Sicht nur dann erfolgreich zu meistern, wenn sich alle gesellschaftlichen Gruppen als Teil des sozialpolitischen und sozialstaatlichen Geschehens verstehen und sich entsprechend ihrer finanziellen Möglichkeiten beteiligen. Um eine solche Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme und der gemeinnützigen sozialen Infrastruktur zu sichern, kann man ehrlicherweise nicht daran vorbeisehen,

- dass besonders hohe Einkommen und Vermögen mehr zur Bewältigung der aktuellen Aufgaben leisten müssen.
- Mittlere Einkommensklassen zu entlasten sind;
- vor allem die jüngeren und folgenden Generationen nicht über Gebühr belastet werden dürfen;
- Menschen mit niedrigen Einkommen und Armutsbetroffene zu schützen sind.

Es braucht neben einer gerechten Lastenverteilung auch eine angemessene Anpassung der staatlichen Einnahmen. Dazu gehört u.a. auch der Faktor Arbeit. Aber: Ökonomische Entwicklung ist nicht nur Voraussetzung für soziale Sicherheit, sondern soziale Sicherheit trägt ihrerseits auch zur ökonomischen Entwicklung bei. Der Sozialstaat ist nicht auf seine Kosten zu reduzieren. Zugleich braucht es aber eine grundlegende Reform der gesetzgeberischen Überregulierung von Sozialleistungen und der damit verknüpften überbordenden Administration. Es braucht Reformen hin zu einem effizienteren, leicht zugänglichen und bürokratiearmen Sozialstaat.

Reformen können nur gelingen, wenn sie neben einer parlamentarischen Mehrheit vor allem von den Bürgerinnen und Bürgern selbst mitgetragen werden. Die Voraussetzung für die Übernahme von Verantwortung und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit demokratischer Institutionen ist echte Beteiligung, ist soziale und demokratische Teilhabe und Mitgestaltung. Die vielfältigen, demokratischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in unserem Land fördern und ermöglichen die notwendige gesellschaftliche Debatte, Verständigung

und Konsensfindung. Sie gehören mit an den Tisch, wenn es um die Zukunft des Sozialstaats geht.

Kirche und Diakonie übernehmen für die Zukunft des Sozialstaats ihrerseits Verantwortung, wenn sie öffentlich für eine differenzierte Ressourcensteuerung eintreten, ganz einfach, weil das unter dem Eindruck des Evangeliums der umfassenden Liebe Gottes und dem Eintreten Jesu von Nazareth für die geringsten seiner Geschwister (Mt. 25,40) nur konsequent ist. Das von Jesus verkörperte Anliegen einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit verpflichtet sie, vorrangig die verletzlichsten Glieder der Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Die Herausforderung einer differenzierten Ressourcensteuerung werden Kirche und Diakonie allerdings auch unmittelbar für sich selbst annehmen müssen, sind sie doch im zivilgesellschaftlichen Rahmen wie auch im Bereich professioneller Sozialfürsorge aktiv. Deshalb werden sie sich an den Reformanstrengungen ihrerseits beteiligen. Deren produktive Früchte werden vor Ort greifbar in Gestalt eines sozial tragfähigen wie entschieden ausgestalteten Wohlfahrtspluralismus.

Berlin, 24. Juni 2026



Kirsten Fehrs  
Bischöfin, Ratsvorsitzende der  
Evangelischen Kirche in Deutschland



Rüdiger Schuch  
Präsident der Diakonie  
Deutschland

# Evangelische Sozialkommission Deutschland

## Redaktionsteam

**Prof. Dr. theol. Anika Albert**, Direktorin Institut für Diakoniewissenschaft und Diakonienmanagement der Universität Bielefeld

**Katja von Damaros**, Büroleitung Präsidialbüro und politische Koordination Diakonie Deutschland

**Prof. Dr. Johannes Eurich**, Direktor des Diakoniewissenschaftlichen Instituts der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg

**Kirsten Fehrs**, Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck, Vorsitzende des Rates der EKD

**Dr. Christian Geyer**, Fachlicher Vorstand des diakonischen Sozialunternehmens Bathildisheim e. V., Bad Arolsen

**Dr. Anne Gidion**, Prälantin, Bevollmächtigte des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union in Berlin

**Prof. Dr. Traugott Jähnichen**, Professor i. R. für Evangelische Theologie an der Ruhr-Universität Bochum

**Prof. Dr. Joachim Lange**, Professor für Ökonomie und Sozialpolitik, Evangelische Hochschule Hessen

**Prof. Dr. Torsten Meireis**, Professor für Systematische Theologie mit Schwerpunkt Ethik und Hermeneutik an der Humboldt-Universität zu Berlin

**Dr. Steffen Merle**, Oberkirchenrat, Referent für Sozial- und Gesellschaftspolitik der EKD

**Prof. Dr. Frank Nullmeier**, Professor i. R. für Politikwissenschaft an der Universität Bremen

**Dr. Stephan Schaede**, Vizepräsident, Kirchenamt der EKD, Leiter Abteilung Öffentliche Verantwortung

**Dr. Patrick Roger Schnabel**, MTheol, Oberkirchenrat, Theologischer Referent bei der Bevollmächtigten des Rates der EKD

**Dr. Ursula Schoen**, Direktorin Diakonie Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

**Rüdiger Schuch**, Präsident Diakonie Deutschland

**Ulrike Stühmeyer-Pulfrich**, Personalvorständin Diakonie München und Oberbayern

**Prof. Dr. Achim Truger**, Professor für Sozioökonomie mit Schwerpunkt Staatstätigkeit und Staatsfinanzen an der Universität Duisburg-Essen

---

[www.ekd.de](http://www.ekd.de)  
[www.diakonie.de](http://www.diakonie.de)

---